



## Plenarprotokoll

### 4. Sitzung

Donnerstag, 1. Dezember 2011

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	134	b) Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion Drucksache <a href="#">17/0054</a>	
<b>Dank</b> des Präsidenten an die ausgeschiedenen Senatsmitglieder		<b>Sonderausschuss „Wasserverträge“ einsetzen – Arbeitsweise, Arbeitsumfang und Ausstattung prüfen</b> .....	136
Präsident Ralf Wieland .....	134	Sven Kohlmeier (SPD) .....	136
<b>Vereidigung der weiteren Mitglieder des Senats von Berlin</b>		Heidi Kosche (GRÜNE) .....	137
Ergebnis .....	142	Sven Rissmann (CDU) .....	138
		Dr. Klaus Lederer (LINKE) .....	139
		Martin Delius (PIRATEN) .....	140
		Beschluss .....	143
<b>Antrag</b> Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion Drucksache <a href="#">17/0037</a>			
<b>Einsetzung von weiteren Ausschüssen</b> .....	136		
Beschluss .....	142		
<b>Dringliche Anträge</b>			
a) Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">17/0049</a>			
<b>Einsetzung eines Sonderausschusses     „Wasserverträge“</b> .....	136		

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 11.02 Uhr.

**Präsident Ralf Wieland:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin, eine außerordentliche Sitzung, und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sowie die Medienvertreter sehr herzlich.

Frau Kollegin Martina Michels von der Fraktion Die Linke und Herr Kollege Ole Kreins von der Fraktion der SPD haben heute Geburtstag. – Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

[Allgemeiner Beifall]

Ich denke, wir werden rechtzeitig fertig, damit Sie auch noch zum Feiern kommen.

Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU haben heute teilweise ihre Fraktionsvorstände neu gewählt. Stellvertretend für alle Gewählten gratuliere ich im Namen des Hauses Herrn Raed Saleh, dem neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD – herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit, Herr Kollege!

[Allgemeiner Beifall]

Neu gewählter Vorsitzender der CDU-Fraktion ist Herr Dr. Florian Graf. – Auch Ihnen und dem gewählten Vorstand herzlichen Glückwunsch. Alles Gute, Herr Kollege!

[Allgemeiner Beifall]

Ich rufe auf:

**Lfd. Nr. 1:**

**Vereidigung  
der weiteren Mitglieder des Senats von Berlin**

Nach § 3 des Senatorensgesetzes Berlin werden die übrigen Mitglieder des Senats vom Regierenden Bürgermeister ernannt. Sie erhalten vom Regierenden Bürgermeister eine Urkunde über ihre Ernennung. In der Urkunde ist der Geschäftsbereich des Mitgliedes des Senats zu bezeichnen.

Hierzu liegt mir ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vom gestrigen Tag vor, das ich verlese:

Sehr geehrter Herr Präsident,

nach Artikel 56 Absatz 2 der Verfassung von Berlin und § 3 Absatz 1 des Senatorensgesetzes habe ich heute folgende Damen und Herren zu Mitgliedern des Senats von Berlin ernannt und ihnen die nachstehend aufgeführten Geschäftsbereiche übertragen:

Herrn Frank Henkel zum Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport,

Herrn Michael Müller zum Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt,

Frau Dilek Kolat zur Senatorin für die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen,

Frau Sandra Scheeres zur Senatorin für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft,

Herrn Dr. Ulrich Nußbaum zum Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen,

Herrn Mario Czaja zum Senator für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales,

Herrn Michael Braun zum Senator für die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

und

Frau Sybille von Oberritz zur Senatorin für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung.

Den Geschäftsbereich Kultur habe ich selbst übernommen.

Ich möchte Sie bitten, die von mir ernannten Mitglieder des Senats von Berlin in der morgigen 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 des Senatorensgesetzes zu vereidigen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Wowereit

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Hauses den gestern ausgeschiedenen Mitgliedern des Senats Frau Ingeborg Junge-Reyer, Frau Gisela von der Aue, Herrn Dr. Ehrhart Körting und Herrn Dr. Jürgen Zöllner für die geleistete Arbeit – ich denke, auch im Namen aller hier – recht herzlich danken.

[Allgemeiner Beifall]

Der Regierende Bürgermeister ist in der letzten Sitzung nach seiner Wahl vor unserem Haus vereidigt worden. Auch die übrigen Mitglieder des Senats werden vor dem Abgeordnetenhaus vereidigt. Das Amt darf gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 Senatorensgesetz erst nach der Vereidigung ausgeübt werden.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, zur Vereidigung in die Mitte des Plenarsaales an die Mikrofone zu kommen. Und ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

[Die Mitglieder des Senats kommen nach vorn. – Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Die Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters ist bereits erfolgt, und die von ihm ernannten Mitglieder des Senats leisten vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid, der jetzt von mir vorgeschrieben wird:

**(Präsident Ralf Wieland)**

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Die Mitglieder des Senats leisten den Eid mit der Schwurformel: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ oder: „Ich schwöre es!“

Ich bitte Sie nun einzeln in der Reihenfolge des Schreibens des Regierenden Bürgermeisters um Ihre Schwurformel: Herr Frank Henkel, Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Bitte sehr!

**Bürgermeister Frank Henkel** (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Ralf Wieland:**

Danke sehr! Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die Amtsführung!

Herr Michael Müller, Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. – Bitte schön!

**Bürgermeister Michael Müller** (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Ralf Wieland:**

Danke sehr! Herzlichen Glückwunsch, und auch Ihnen alles Gute für die Amtsführung!

Frau Dilek Kolat, Senatorin für die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. – Bitte schön!

**Senatorin Dilek Kolat** (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen):

Ich schwöre es!

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! Alles Gute für die Amtsführung!

Frau Sandra Scheeres, Senatorin für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. – Bitte schön!

**Senatorin Sandra Scheeres** (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Ich schwöre es!

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! Alles Gute für die Amtsführung!

Herr Dr. Ulrich Nußbaum, Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen. – Bitte sehr!

**Senator Dr. Ulrich Nußbaum** (Senatsverwaltung für Finanzen):

Ich schwöre!

**Präsident Ralf Wieland:**

Auch Ihnen alles Gute für die Amtsführung!

Herr Mario Czaja, Senator für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. – Bitte sehr!

**Senator Mario Czaja** (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! Alles Gute für die Amtsführung!

Herr Michael Braun, Senator für die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz. – Bitte sehr!

**Senator Michael Braun** (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! Alles Gute für die Amtsführung!

Dann Frau Sybille von Obernitz, Senatorin für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung. – Bitte sehr!

**Senatorin Sybille von Obernitz** (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung):

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! Auch Ihnen alles Gute für die Amtsführung!

Herzlichen Glückwunsch noch einmal an alle! Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

[Allgemeiner Beifall]

Ich komme zur

**(Präsident Ralf Wieland)**

**lfd. Nr. 2:**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion  
Die Linke und der Piratenfraktion  
Drucksache [17/0037](#)

**Einsetzung von weiteren Ausschüssen**

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wurde sofortige Abstimmung beantragt. Ich schlage vor, vor dem Hintergrund der Bezeichnung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen auch für die Bezeichnung des entsprechenden Fachausschusses die Wörter „Integration“ und „Arbeit“ auszutauschen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann lasse ich entsprechend abstimmen. Wer nun dem Antrag mit der soeben genannten Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zur

**lfd. Nr. 2 A:**

- a) Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der CDU  
Drucksache [17/0049](#)

**Einsetzung eines Sonderausschusses  
„Wasserverträge“**

- b) Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen, der Fraktion Die Linke und der  
Piratenfraktion  
Drucksache [17/0054](#)

**Sonderausschuss „Wasserverträge“ einsetzen –  
Arbeitsweise, Arbeitsumfang und Ausstattung  
prüfen**

Wird den Dringlichkeiten widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion der SPD. Herr Kollege Kohlmeier hat das Wort. – Bitte schön!

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

**Sven Kohlmeier (SPD):**

– Schnell gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Ich begrüße Sie ganz herzlich, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte neugewählte Senatorinnen und Senatoren! Was wir heute diskutieren, kann eigentlich nur ein schlechter Scherz sein, oder wir wollen bei den soeben vereidigten Senatorinnen und Senatoren einen besonders schlechten Eindruck machen.

[Zuruf von den GRÜNEN]

Es liegen zwei gleichlautende Anträge zur Einsetzung eines Ausschusses „Wasserverträge“ vor. Das geht zurück auf den Volksentscheid vom 13. Februar dieses Jahres, wo in § 3 steht, dass der entsprechende Ausschuss

eingesetzt werden soll. Der einzige Unterschied beider Anträge, des Oppositions- und des Regierungsantrags, ist: Während die Regierungsfractionen die Anzahl der Ausschussmitglieder benennen, fordert die Opposition eine zusätzliche finanzielle Ausstattung für die Fraktionen und die Verwaltung des Abgeordnetenhauses – ich darf aus Ihrem Antrag zitieren –, „um die durch den Sonderausschuss entstehende erhebliche Mehrarbeit zu leisten.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! So was hätte man früher als Raubrittertum bezeichnet.

[Lachen bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Heute würde ich sagen: Es ist dummdreiste Verschleuderung von Steuermitteln.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Sie schreiben in Ihrem Antrag doch allen Ernstes in der Begründung:

Vor dem Hintergrund des immensen Umfangs des Vertragswerks ... ist ... zu prüfen, wie eine effektive und qualifizierte Arbeit des Ausschusses gewährleistet werden kann. Dies bedeutet insbesondere eine entsprechende Personalausstattung von Fraktionen und Abgeordnetenhausverwaltung.

Mit anderen Worten: Für das, wofür Sie ohnehin gewählt wurden, wollen Sie auch noch mehr Kohle haben. Meine Wähler in Kaulsdorf würden mich hochkant rausschmeißen, wenn ich ihnen erzählen würde, dass ich für meine Ausschussarbeit auch noch mehr Geld haben möchte.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Sie sind genau für diese Ausschussarbeit gewählt worden. Wenn Ihnen das nicht passt, können Sie Ihr Mandat jederzeit zurückgeben.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zurufe von den GRÜNEN]

– Bleiben Sie ganz entspannt! Der Präsident wird gleich ausrufen, dass Sie von Ihren Eltern abgeholt werden können.

[Lachen – Zurufe von den GRÜNEN]

Herr Präsident! Es macht wenig Sinn, wenn hier alle durcheinanderreden.

**Präsident Ralf Wieland:**

Das ist alles kein Grund zur Aufregung. Jetzt kehrt mal wieder ein bisschen Ruhe ein, und dann kriegen wir den Tag auch noch rum. – Bitte schön!

[Heiterkeit bei der CDU]

**Sven Kohlmeier (SPD):**

Lassen Sie mich zurückblicken! Am 16. November legte unser Geschäftsführer Christian Gaebler Ihnen einen

**(Sven Kohlmeier)**

Vorschlag für die Ausschüsse vor. Da steht auch der Sonderausschuss mit einem Vorschlag von neun Mitgliedern bereits drin. Da hat sich keiner von Ihnen gerührt. Still ruht der See. Die Grünen hatten ja möglicherweise auch viel mit Mediation zu tun. Und nun, nachdem die Mediation abgeschlossen ist, werden Sie vom oppositionellen Arbeitseifer erfasst, es müssen noch ein paar Bäume mehr sterben, und Sie legen uns einen zweiseitigen Antrag mit dem eben von mir genannten Inhalt vor.

[Oh! von den GRÜNEN]

Der Linkspartei, liebe Kolleginnen und Kollegen, werfe ich gar nicht vor, dass sie Ihren Antrag mit unterstützt. Der Kollege Lederer hat in der letzten Sitzung deutlich gemacht, er müsse seine Rolle noch finden.

Aber, liebe Kollegen von den Piraten, was ist denn mit Ihnen passiert? Möglicherweise im Wendland ein bisschen zu viel Castor-Sonne abbekommen?

[Zurufe von den GRÜNEN]

Noch am Dienstag im Ältestenrat haben Sie sich gegen den Antrag der Grünen und gegen zusätzliche finanzielle Mittel ausgesprochen, und einen Tag später haben Sie nichts Besseres zu tun, als sich der Selbstbedienungsmentalität der Grünen anzuschließen und hier Steuergelder verpressen zu wollen.

[Zurufe von den PIRATEN]

Liebe Kollegen von den Piraten! Ich will Ihnen die Hoffnung nicht nehmen. Für die Teilnahme an den Ausschusssitzungen gibt es kein Extrageld.

[Zurufe von den PIRATEN]

Der Antrag, den Sie heute vorlegen, ist auch deshalb nicht zustimmungsfähig, weil wesentliche Essentials fehlen. So fehlt in Ihrem Antrag z. B. die Zusammensetzung. Da steht nicht drin, ob es neun, zwölf, 24 oder 155 Mitglieder sein sollen. Wir haben einen Vorschlag unterbreitet. Wir haben gesagt: Neun Mitglieder soll dieser Ausschuss haben.

Wir wollen auch nicht zunächst die Arbeitsweise mit Ihnen besprechen. Es ist doch völlig klar, dass jeder Ausschuss sich zu Beginn seiner Einsetzung und zu Beginn der Legislaturperiode über die Arbeitsweise entsprechend verständigen wird und muss. Dafür braucht man weder Arbeitsgruppen noch Mediationsgruppen noch Unterarbeitsgemeinschaften.

Letztendlich: Der „Berliner Wassertisch“ hat uns mit einem Schreiben an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses aufgefordert – und zwar völlig zu Recht –, diesen Ausschuss schnellstmöglich einzusetzen. Ich darf aus dem Schreiben vom 16. November 2011 an den Präsidenten zitieren:

Nach unserem Kenntnisstand war die Einrichtung eines Sonderausschusses schon vor den Wahlen einvernehmliche Absicht der Fraktionen des Ab-

geordnetenhauses. Wir gehen daher davon aus, dass dieser Vorschlag nun ohne Verzug umgesetzt wird.

Dem wollen wir als Koalition gerne nachkommen, und deshalb legen wir Ihnen heute den Antrag zur Einsetzung des Sonderausschusses vor. Sie können zeigen, wie ernst Sie es mit dem Bürgerwillen und der Einsetzung des Sonderausschusses meinen. Die Koalition wird genau das tun, was der Gesetzgeber mit dem Volksentscheid von uns verlangt hat: Wir werden einen Sonderausschuss zu den Wasserverträgen einsetzen. Der Ausschuss wird ab heute seine Arbeit aufnehmen, und der Ausschuss wird den Bürger nicht noch zusätzlich finanziellen Aufwand kosten. So sehen Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt aus. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Als Nächste hat die Kollegin Frau Kosche von den Grünen das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

**Heidi Kosche (GRÜNE):**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe immer schon so meine Bedenken gegen Juristen gehabt, Herr Kohlmeier! Aber was Sie heute als Interpretation des Gesetzes vorgelegt haben, ist mehr als beschämend.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

Sie können noch nicht mal ein Gesetz lesen.

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute wird ein Sonderausschuss eingerichtet, der dem Willen von mindestens 666 000 Berlinerinnen und Berlinern entsprechen muss – deswegen dieser Entschließungsantrag –, denn mindestens so viele haben dem Volksentscheid „Wasser“ im Februar dieses Jahres zugestimmt. Aber gegen Geheimverträge, nicht nur beim Wasser, sind viele Menschen – nicht nur in Berlin. Das Volk von Berlin hat mit der Annahme dieses Gesetzes Ihnen, Herr Wowereit, und Ihrem damaligen Koalitionspartner das Misstrauen ausgesprochen. Sie erinnern sich.

[Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit: Nee!]

Mit der Einsetzung des Sonderausschusses heute beginnt die parlamentarische Aufarbeitung der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe, und da stelle ich fest, dass jetzt wieder die beiden Parteien auf den Regierungsbänken Platz genommen haben, die dieses Vertragswerk zum Schaden der Stadt Berlin ausgehandelt haben,

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

**(Heidi Kosche)**

es damals richtig gefunden haben und heute für das Ganze die Verantwortung tragen.

Das Volk von Berlin hat sich mit diesem Gesetz vertrauensvoll an sein Parlament gewandt. Es hat uns in diesem ersten erfolgreichen Volksgesetz in § 3 Satz 2 beauftragt, die gesamte Vertragskonstruktion der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe unter Hinzuziehung, Herr Kohlmeier, von unabhängigen Sachverständigen zu überprüfen. Es sollen also Expertisen und Gutachten eingeholt werden, weil dieses Vertragswerk sehr umfassend, sehr verschachtelt ist und eigentlich in seinen Auswirkungen nur von Experten erfasst werden kann.

Seit der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe stehen die Verträge in der Kritik, nicht nur, weil sie als Geheimdokumente angelegt waren, sondern besonders auch wegen ihrer Auswirkungen auf diese Stadt. Rot-Schwarz würde wahrscheinlich heute sagen: Berlin verstehen.

Nur einiges will ich hier anführen, was in diesen Verträgen enthalten ist: Es steht der Vorwurf im Raum, dass durch die garantierten Gewinne, die in den Verträgen geregelt sind, die Wasserpreise in Berlin hochgetrieben werden. Die Wasserkunden zahlen die Teilprivatisierung. Das hat ja nun auch das Bundeskartellamt gerügt. Dessen Preissenkungsverfügung wird dieser Tage bei den Wasserbetrieben ins Haus stehen, erst mal nur für Trinkwasser, aber mit der Überprüfung der Abwasserpreise durch diese Behörde kann das auch noch was werden.

Es besteht weiter der Vorwurf, dass das Demokratieprinzip dadurch verletzt ist, dass die betriebliche Führung praktisch in den Händen der Privaten liegt, obwohl das Land die prozentuale Mehrheit sowohl bei den Wasserbetrieben als auch bei der Holding hat und eine umfassende Gewährleistung garantiert.

Dann besteht der Verdacht, dass nach Artikel 87 der Verfassung von Berlin das Haushaltsrecht dieses Parlaments dadurch verletzt ist, dass ggf. die Gewinne, die garantiert sind, aus dem Haushalt des Landes Berlin bezahlt werden müssen.

Das sind nur einige der Vorwürfe, die die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ und andere Menschen, die in Berlin wohnen, regelmäßig erheben. Ich bin der Meinung, dass wir uns als Abgeordnete dieser 17. Legislaturperiode um die Auswirkungen der Wasserverträge zu kümmern haben, weil das Volksgesetz Wasser es vorschreibt. Wir brauchen einen gut ausgestatteten Sonderausschuss, damit sich die Abgeordneten, die dort arbeiten wollen, die nötige Expertise einholen können und damit wir hier anschließend als verantwortliches Parlament über das Vertragswerk abstimmen können,

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

denn erst dann erfüllt das Parlament von Berlin § 3 Satz 1 des Volksgesetzes Wasser.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Für die CDU-Fraktion der Kollege Rissmann!

**Sven Rissmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle wieder einmal fest: Es geht hier nicht um die Frage des Ob, also ob wir einen solchen Sonderausschuss einrichten wollen, sondern um die Frage des Wie. Da ist die Koalition der Auffassung, den Willen des Volksgesetzgebers möglichst schnell umzusetzen. Sie dagegen wollen sich offenbar zunächst zu Tode prüfen. Das würde einiges an Zeit in Anspruch nehmen und dem Auftrag nicht gerecht werden.

[Uwe Doering (LINKE): Wir haben eine  
Befristung in den Antrag geschrieben!  
Richtig lesen!]

Der Kollege Kohlmeier hat den historischen Hintergrund dargelegt. Zu unserem Antrag ist zu sagen, dass er von daher die adäquate Umsetzung des Gesetzesauftrags ist. Er hat zum Gegenstand, dass ein solcher Sonderausschuss Wasserverträge einzuberufen ist und wie er besetzt werden soll. Alles andere, womit Sie das Papier beschrieben haben, ist überflüssig. Neben einigen Selbstverständlichkeiten wie der Prüfung, welche Arbeitsweise wohl am geeignetsten ist, fordern Sie,

dass im Vorhinein geprüft werden soll, in welchem Umfang zur personellen Ausstattung des Sonderausschusses finanzielle Mittel für die Fraktionen und die Verwaltung des Abgeordnetenhauses erforderlich sind, um die durch den Sonderausschuss entstehende erhebliche Mehrarbeit zu leisten.

Dazu hat Herr Kollege Kohlmeier schon etwas gesagt.

[Zuruf von der LINKEN]

Wir können das aber ganz nüchtern bewerten: Einem Mittelzuwachs, den Sie sich offensichtlich wünschen, um Ihre Oppositionsarbeit offenbar besser darstellen zu können, sind gesetzliche Grenzen gesetzt. Artikel 40 Abs. 2 der Verfassung von Berlin gewährt den Fraktionen zur effektiven Mitwirkung an der parlamentarischen Arbeit einen Anspruch auf angemessene Ausstattung. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt. Das ist in dem Fall § 8 Abs. 6 des Fraktionsgesetzes. Danach haben die Fraktionen Anspruch auf zusätzliche finanzielle Mittel für Fraktionsmitarbeiter nur in dem Fall der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Artikel 48 der Verfassung von Berlin oder einer Enquetekommission nach Artikel 44 Abs. 3 der Verfassung von Berlin. Eine entsprechende Regelung für Sonderausschüsse gibt es schlichtweg nicht. Diese sind allein in § 20 Abs. 2 un-

**(Sven Rissmann)**

serer Geschäftsordnung erwähnt. Da ist auch nur geregelt, dass diese eingerichtet werden können.

Sie fordern also mit Ihrem Prüfauftrag etwas, das gesetzlich nicht vorgesehen ist. Sie wollen sich damit einen Freibrief geben, und zwar ohne jede Begrenzung. Selbst in § 8 des Fraktionsgesetzes – habe ich gerade genannt – ist eine Begrenzung des Anspruchs vorgesehen,

[Zuruf]

nämlich auf die Summe der Mittel für eine Vollzeitstelle je Fraktion im Haushaltsjahr. Also wenn Sie das Fraktionsgesetz ändern wollen, legen Sie einen entsprechenden Antrag vor! Ansonsten geht das bei einem Sonderausschuss nicht.

Es geht hier insofern nicht um die parlamentarische Aufklärung von Tatbeständen wie bei einem Untersuchungsausschuss, sondern um eine geordnete Offenlegung und Prüfung der Wasserverträge. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, einen Untersuchungsausschuss zu fordern. Dann bekämen Sie auch die von Ihnen offenbar gewünschten finanziellen Zuwächse für Mitarbeiter und anderes. Für uns als Koalition gilt, den Auftrag des Wahlvolks umzusetzen. Daher ist unserem Antrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Fraktion Die Linke Herr Dr. Lederer – bitte schön!

**Dr. Klaus Lederer (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Volksentscheid vom 14. Februar dieses Jahres „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ hat uns ein Gesetz beschert, das am 4. März in Kraft getreten ist und das den Auftrag an das Abgeordnetenhaus beinhaltet, die Verträge über die Teilprivatisierung „einer eingehenden öffentlichen Prüfung und öffentlichen Aussprache durch das Abgeordnetenhaus unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen“ zuzuführen. Diesem Auftrag haben wir gerecht zu werden, im Unterschied zu 1999, wo die Teilprivatisierungsverträge parallel zu den Gesetzen erarbeitet worden sind und sich das Abgeordnetenhaus, zumindest die damals mehrheitlich in dieser Stadt herrschende Koalition – es ist mit umgedrehten Vorzeichen in Bezug auf die Farben genau dieselbe, die hier heute wieder regiert –, überhaupt nicht mit den Vorgängen befasst hat. Eine schwarz-rote Mehrheit fand das damals spitze, und nur einige wenige hatten den Mut, sich damals entgegenzustellen. Wenn wir jetzt eine seriöse Prüfung dieser Verträge einfordern, dann setzen wir den Volkswillen um.

Lieber Kollege Kohlmeier! Raubrittertum war es, die Berliner Wasserbetriebe 1999 zu verpfänden.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Raubrittertum ist es, wenn sich eine neu gewählte Koalition erst mal einen Schluck aus der Pulle genehmigt und die Zahl der Staatssekretäre von 17 auf 23 erhöht.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN – Zurufe von der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Ich werde Ihnen mal was sagen: Sie wickeln den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gar nicht ab, sondern Sie führen einen neuen für verdiente Parteifunktionäre zur Endlagerung in den Senatsverwaltungen ein. Das ist Raubrittertum.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

500 000 Euro jährlich pro Staatssekretärsstelle! Und dann diskutieren wir hier darüber, ob die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die richtige Ausstattung bekommen, um den Skandal von 1999 vernünftig aufzuklären. Ich finde das empörend, und Ihr Auftreten, Kollege Kohlmeier, ist eine Schande.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Und dann kommt hier diese schwarz-rote, rot-schwarze Heuchelei zustande. Sie schreiben in Ihrer Koalitionsvereinbarung: Sie wollen über die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe reden, und Sie wollen die Wasserpreise dämpfen. – Rot-Schwarz schließt jetzt die Reihen. Das ist ein starkes Stück. Sie haben sich vor 2001 zusammengefunden, und Sie haben keinen Monat gebraucht, um sich hier in der Weise zusammenzufinden. Offenbar wollen Sie jetzt da weitermachen, wo Sie 2001 aufgehört haben.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Weil Sie den „Wassertisch“ zitiert haben, um Ihr – ich finde wirklich – widerwärtiges Vorgehen auch noch mit Argumenten des „Wassertisches“ zu rechtfertigen und zu bemänteln, werde ich mal aus einer Mail des „Wassertisches“ zitieren:

Seit gestern ist jedoch aus dem Abgeordnetenhaus zu hören, dass dem geplanten Sonderausschuss keine finanziellen Mittel für die vorgesehene Prüfung durch unabhängige Gutachter zur Verfügung stehen sollen. Das kommt einer Sabotage des Ausschusses von vornherein gleich.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Wir wissen aus der Erfahrung unserer eigenen Arbeit als Bürgerinitiative ohne nennenswerte Geldmittel, wie schwierig es ist, sich für solche Aufgaben einschlägig qualifizierte Personen zu suchen, die es sich leisten können, die erforderliche Zeit unehonoriert aufzuwenden.

**(Dr. Klaus Lederer)**

Sie wollen die Umsetzung des Gesetzes in einen formalen Akt verwandeln. Sie wollen Armaden von Verwaltungsbeamten und Consultants auf den Ausschuss loslassen, um jede seriöse Prüfung in schwierigen Paragrafenfragen durch Expertokratie zu erschlagen. Was brauchen wir denn? – Wir brauchen nur ein Minimum an Support, an Unterstützung bei der Sichtung und Aufarbeitung der Unterlagen.

Und ja, Kollege Rissmann, es ist eine Ausnahme; das hat es hier so noch nicht gegeben, aber der Skandal, den die Teilprivatisierung hervorgerufen hat, der ist auch eine Ausnahme in diesem Land.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Deswegen kann man der Opposition dieser Stelle, wenn man es ernsthaft will, ruhig einmal entgegenkommen.

Wir wollen nur darüber reden, wie viel Unterstützung es real braucht. Wir können ja, wenn wir es gesetzlich über die Fraktionsmittel nicht machen, auch den Weg gehen, Abgeordnetenhausmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zur Unterstützung des Ausschusses anzustellen. Wir wollen nur darüber reden; und Sie machen mit einer Sofortabstimmung den Antrag tot. Das ist die Realität. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden prüfen, ob eine Enquete-Kommission oder ein Untersuchungsausschuss an dieser Stelle nötig sind, wenn Sie es denn von uns verlangen, lieber Kollege Rissmann. Vielen Dank für den Tipp! Das können Sie gerne haben, dann werden Sie sich umgucken.

Ich konzediere: Sie fangen gut an im Verhältnis zur Opposition. Es ist ein starkes Stück, dass Sie dieses Anliegen hier mit einer Sofortabstimmung tot machen. Sie wollen zurück in die 1990er-Jahre. Das scheint mir klar, aber das werden Sie auch mit dem Wegbeschließen wichtiger Aspekte dieser Untersuchung nicht schaffen. Das kann ich Ihnen garantieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Danke schön! – Für die Fraktion der Piraten hat Herr Delius das Wort.

**Martin Delius (PIRATEN):**

Danke sehr, Herr Präsident! – Liebe Kollegen! Ich lasse es ein bisschen ruhiger angehen. Wir haben ja heute hier sehr viel Aufgeregtes gehört. Es ist keine Frage, dass wir diesen Ausschuss einsetzen wollen. Es ist auch keine Frage, dass wir das richtig machen wollen und dass wir am besten sofort anfangen, Herr Kollege Kohlmeier. Nur wie das zu passieren hat, das ist, glaube ich, hier ganz wenigen schon klar. Ein einfaches Durchgucken und

Durchrennen der Verträge, wie das üblicherweise der Fall ist, wird nicht möglich sein, es handelt sich hier nicht um irgendwelche Mitteilungen – zur Kenntnisnahme –, sondern um gültige Verträge, die öffentlich gesichtet werden müssen.

Was Öffentlichkeit eigentlich heißt, darüber hat sich, glaube ich, heutzutage noch keiner Gedanken gemacht. Wir von den Piraten gehen davon aus, dass Öffentlichkeit heißt, dass das Ganze im Internet übertragen wird und wie das das Abgeordnetenhaus bezahlt.

[Sven Kohlmeier (SPD): Steht im Antrag!]

– Steht im Antrag drin? – Sind Sie sich schon darüber einig, wie viel Geld das Abgeordnetenhaus dafür braucht und wie viel dafür zur Verfügung gestellt werden muss?

Wenn ich mir angucke, dass die Verträge, die jetzt öffentlich sind, eingescannte Bilddokumente sind, die nicht durchsuchbar sind, sodass ein Bürger oder einer von der Bürgerinitiative gar nicht schnell genug nachgucken kann, über welchen Paragraf Ihr Gutachter vom Senat oder von der Verwaltung gerade redet, dann denke ich schon, dass wir da noch nacharbeiten müssen.

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN und der LINKEN]

Sie beziehen sich hier auf Mittel für die Fraktionen. Dort steht aber gleichzeitig, dass auch eventuell das Abgeordnetenhaus mehr Mittel für diesen Ausschuss braucht, darüber diskutieren wollen Sie aber nicht. Sie stellen sich auf die Seite des Senats, obwohl Sie auf dieser Seite im Plenarsaal sitzen.

Festzuhalten ist – und das ist, glaube ich, hier unstrittig –, dass in einem solchen Ausschuss der Senat bzw. die Vertreter der Koalition dadurch einen Vorteil haben, dass sie Beratungsgegenstände und Gutachten mit Vorgaben aus der Verwaltung belegen können und wir ein Gegengewicht schaffen müssen.

Es ist auf jeden Fall wichtig, dass sich der Ausschuss darüber klar wird, wie er denn bis zu der gesetzten Frist oder bis zu einer eventuellen Fristverlängerung, wie wir sie fordern, einen Arbeitsplan aufstellt und die Aufgaben erledigt. Das ist zumindest diskussionswürdig. Darüber wollen Sie hier aber auch nicht diskutieren. Unser Antrag sieht das vor. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen, ich mache es ganz kurz. – Danke sehr!

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN und der LINKEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Herr Delius! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag der Koalitionsfraktionen Druck-

**(Präsident Ralf Wieland)**

sache 17/0049 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen.

[Michael Schäfer (GRÜNE): Schämt euch!]

Gegenstimmen? – Das sind die drei Oppositionsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist das so angenommen.

Wer dem Antrag der Oppositionsfraktionen Drucksache 17/0054 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die drei Oppositionsfraktionen. Gegenstimmen? – Die beiden Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste, die fünfte Sitzung findet am Donnerstag, dem 8. Dezember dieses Jahres um 13.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen noch einen schönen Tag und dem Senat frohes Regieren!

[Schluss der Sitzung: 11.35 Uhr]

Anlage 1

**Beschlüsse des Abgeordnetenhauses**

**Vereidigung  
der weiteren Mitglieder des Senats von Berlin**

Gemäß § 3 Senatorengesetz wurden vereidigt:

**Herr Frank Henkel**

Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Herr Michael Müller**

Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

**Frau Dilek Kolat**

Senatorin für die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

**Frau Sandra Scheeres**

Senatorin für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

**Herr Dr. Ulrich Nußbaum**

Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen

**Herr Mario Czaja**

Senator für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

**Herr Michael Braun**

Senator für die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

**Frau Sybille von Obernitz**

Senatorin für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit

(9 Mitglieder) – ITDat –

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

(19 Mitglieder) – EuroBund-Med –

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

(19 Mitglieder) – GesSoz –

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

(19 Mitglieder) – InnSichO –

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

(19 Mitglieder) – Kult –

Ausschuss für Sport

(17 Mitglieder) – Sport –

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

(19 Mitglieder) – StadtUm –

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

(19 Mitglieder) – Recht –

Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie

(19 Mitglieder) – WiFoTech –

Ausschuss für Wissenschaft

(13 Mitglieder) – Wiss –

Hauptausschuss

(27 Mitglieder) – Haupt –

Petitionsausschuss

(11 Mitglieder) – Pet –

**II.**

Die Verteilung der Mitglieder auf die Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion erfolgt gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin.

**Einsetzung von weiteren Ausschüssen**

Gemäß Artikel 44 der Verfassung von Berlin und § 20 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wurden folgende weitere Ausschüsse eingesetzt:

Ausschuss für Arbeit, - Integration, Berufliche Bildung und Frauen

(19 Mitglieder) – ArbIntFrau –

– in dem Ausschuss mit 9 Mitgliedern im Verhältnis 3 : 2 : 2 : 1 : 1

Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

(19 Mitglieder) – BauVerk –

– in dem Ausschuss mit 11 Mitgliedern im Verhältnis 4 : 3 : 2 : 1 : 1

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

(19 Mitglieder) – BildJugFam –

– in dem Ausschuss mit 13 Mitgliedern im Verhältnis 4 : 4 : 3 : 1 : 1

– in dem Ausschuss mit 17 Mitgliedern im Verhältnis 6 : 5 : 3 : 2 : 1

- in den Ausschüssen mit 19 Mitgliedern im Verhältnis  
6 : 5 : 4 : 2 : 2
- in dem Ausschuss mit 27 Mitgliedern im Verhältnis  
9 : 7 : 5 : 3 : 3

### III.

Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin benennen die Fraktionen die auf sie entfallenden Mitglieder der Ausschüsse.

#### **Einsetzung eines Sonderausschusses „Wasserverträge“**

##### I.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin richtet gemäß Artikel 44 Abs. 1 und 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin einen Sonderausschuss ein, der die Umsetzung des Gesetzes für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 4. März 2011 begleiten und vorantreiben soll. Insbesondere soll der Ausschuss die Prüfungen nach § 3 Satz 2 des Gesetzes durchführen.

##### II.

Der Ausschuss besteht aus 9 Mitgliedern (3 Mitglieder der Fraktion der SPD, 2 Mitglieder der Fraktion der CDU, 2 Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 1 Mitglied der Fraktion Die Linke, 1 Mitglied der Piratenfraktion) sowie deren Stellvertretern und Stellvertreterinnen.

##### III.

Die Arbeit des Sonderausschusses ist bis zum 31. Dezember 2012 befristet.